



ROTE POST

Nr.60

Januar 2023

INTERNATIONAL

6 ES LEBE DER INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE BUND!

BRD

8 DIE BRD UND IHR EINWANDERUNGSRECHT

FRAUEN

10 SPARMASSNAHMEN: WENIGER KRANKENPERSONAL

BERLIN

12 PARKZONEN BIS ZUM ABWINKEN

HAMBURG

14 HAMBURGER SOZIALMONITORING

BREMEN

16 ARZTHELFERIN ODER MÄDCHEN FÜR ALLES?

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 LÜTZERATH SOLL GERÄUMT WERDEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 WARNSTREIKS AN DEN UNIKLINIKEN II

KULTUR

22 WARUM KNALLT ES AN SILVESTER?



INHALT

- | | | |
|-----------|----------------------------|--|
| 4 | BILD DES MONATS | FLAGGE DES IKB |
| 6 | INTERNATIONAL | ES LEBE DER INTERNATIONALE
KOMMUNISTISCHE BUND! |
| 8 | BRD | AUSGEPLÜNDERT, ASSIMILIERT
UND EINSORTIERT: DIE BRD
UND IHR EINWANDERUNGSRECHT |
| 10 | FRAUEN | WENIGER KRANKENHAUSPERSONAL DURCH
NEUE GEPLANTE SPARMASSNAHMEN |
| 12 | BERLIN | PARKZONEN BIS ZUM ABWINKEN /
NEUKÖLLN: DIE SCHIKANE LÄSST
NICHT LANGE AUF SICH WARTEN |
| 14 | HAMBURG | HAMBURGER SOZIALMONITORING:
DIE REICHEN WERDEN REICHER,
DIE ARMEN WERDEN ÄRMER |
| 16 | BREMEN | ARZTHELFERIN ODER MÄDCHEN FÜR ALLES? |
| 18 | NORDRHEIN-WESTFALEN | LÜTZERATH SOLL GERÄUMT WERDEN |
| 20 | BADEN-WÜRTTEMBERG | WARNSTREIKS AN DEN UNIKLINIKEN II |
| 22 | KULTUR | WARUM KNALLT ES AN SILVESTER? |

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr startete in vielerlei Hinsicht mit einem Knall. Der Kampf der Massen flammte zu Silvester auf und die Wut auf diesen Staat der Unterdrücker entlud sich gegen Vieles und die, die symbolisch mit ihm verbunden werden. Die Hasskampagne, die die deutsche Bourgeoisie danach in ihren Medien entfesselte, voll mit chauvinistischen Vorurteilen und Falschbehauptungen, zeigt, dass sie die kämpfenden Massen fürchten. Vor allem aber ist wieder einmal klar geworden, dass „die unteren“ nicht so weiter leben wollen.

Ein anderer Knall ereignete sich in dem Räuberbündnis mit dem Namen „Ampelkoalition“ unter dem obersten Paten Olaf Scholz. Bereits die zweite Ministern der Regierung musste ihren Hut nehmen und ersetzt werden. Der Anlass, mit dem Video Christine Lambrechts von Silvester, ist wohl eher vorgeschoben. Viel mehr ist deutlich geworden, dass sie nicht die richtige Person an der Spitze der deutschen imperialistischen Streitkräfte ist, um die benötigte Militarisierung und Aufrüstung durchzuführen. Jetzt setzt der Pate auf einen Mann, der mehr nach seinem Geschmack ist, ein skrupelloser Jurist – so wie Scholz selber – und eher vom Charakter eines Arbeitermörders wie Noske. Er soll nun in einer neuen Situation die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine entstanden ist, die starke Hand sein, um die für den deutschen Imperialismus notwendig gewordene Aufrüstung durchzuführen, die mit dem 100 Milliarden schweren Sondervermögen sprunghaft nach vorne getrieben wird. Boris Pistorius macht also Karriere als Teil der von Scholz proklamierten „Zeitenwende“, einem Begriff, den er seit 2017 versucht, zu etablieren, und der jetzt mit dem Ukraine-Krieg seinen Durchbruch erlebt hat und vor allem eine Tatsache beschreibt, die sich vergangenes Jahr wie lange nicht bestätigt hat: Die „oberen“ können nicht mehr so weiter herrschen wie bisher. Der zweite Abgang eines Minister aus dem Kabinett der reaktionären Regierung nach nur etwas mehr als einem Jahr macht dies deutlich.

Die Kämpfe der Massen zu Silvester und die Instabilität der reaktionären Regierung zeigen wieder einmal, dass in diesem Land eine revolutionäre Situation in ungleichmäßiger Entwicklung besteht. Eine Situation, die auf der ganzen Welt vorherrscht. Inmitten dieser Situation haben nun 15 Kommunistische Parteien und Organisationen eine neue internationale Organisation des Proletariats gegründet: den Internationalen Kommunistischen Bund (IKB). Diese frohe Nachricht wurde passend am 26. Dezember bekannt gegeben, dem Geburtstag des Vorsitzenden Mao, dem Führer der chinesischen Revolution. Wir widmen diese Ausgabe der Roten Post, die schon die sechzigste ist, darum auf unterschiedliche Art und Weise der Gründung des IKB und drucken unter anderem Teile seiner Gründungserklärung ab und stimmen mit ein: Es lebe der Internationale Kommunistische Bund – IKB!

Eure RoPo-Redaktion



**INTERNAT
KOMMUNISTE**



**TIONALER
SCHER BUND**

ES LEBE DER INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE BUND!



Am 26. Dezember gaben die marxistisch-leninistisch-maoistischen Parteien, die an der Vereinten Internationalen Maoistischen Konferenz (VIMK) teilgenommen haben, die Gründung einer neuen internationalen maoistischen Organisation: Dem Internationalen Kommunistischen Bund (IKB). Der IKB ist die neue internationale Organisation der Arbeiterklasse, und etwas, wonach die Ausgebeuteten und Unterdrückten auf der Welt seit Jahrzehnten in ihrem Kampf geschrien haben. Der Bund bedeutet eine höhere Stufe der Einheit der Kommunisten auf der Welt, auf ihrem Weg, der von Lenin gegründeten Kommunistischen Internationale, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überall auf der Welt Millionen und Abermillionen Arbeiter in der Revolution, gegen den Imperialismus, geführt hat, folgt. Der IKB beschreibt:

„Das feierliche Begehen dieser Ersten Internationalen Konferenz und die Gründung der Neuen Internationalen Organisation des Proletariats sind von historischer Wichtigkeit und großer Tragweite, sind eine Errungenschaft des internationalen Proletariats und ein harter Schlag gegen die allgemeine Konterrevolutionäre Offensive des Imperialismus und der Weltreaktion, wie auch gegen den Revisionismus und jeden Opportunismus. Es wurde ein großer Schritt gemacht in unserer Wiedervereinigung und um die Zerstreuung der Internationalen Kommunistischen Bewegung zu überwinden und es öffnet sich eine Etappe der organisierten Kämpfe für die Rekonstitution der Kommunistischen Internationale unter dem Befehl und der Wegleitung des Maoismus, eine neue Etappe, die gezeichnet sein wird durch die Entwicklung von neuen Volkskriegen, die sich zu denjenigen addieren werden, die bereits auf dem Weg sind.“

„Die heutige Demarkationslinie zwischen Marxismus und neuem Revisionismus besteht darin: 1) den Maoismus als dritte, neue und höhere Stufe des Marxismus und die Notwendigkeit den Revisionismus und jeden Opportunismus zu bekämpfen, anzuerkennen oder nicht anzuerkennen; 2) die Allmacht der revolutionären Gewalt, um die Revolution im eigenen Land durchzuführen, anzuerkennen oder nicht anzuerkennen; 3) die Notwendigkeit den alten Staatsapparat zu zerstören und die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats zu ersetzen, anzuerkennen oder nicht anzuerkennen; 4) die Notwendigkeit der revolutionären Partei des Proletariats, anzuerkennen oder nicht anzuerkennen; 5) die Notwendigkeit des proletarischen Internationalismus, anzuerkennen oder nicht anzuerkennen.“

Wir leben in Zeiten, in denen dieses System, der Imperialismus, seinem vollständigen Untergang entgegensteht. Überall auf der Welt hungern hunderte Millionen armer Arbeiter und Bauern, täglich geraten unzählige neu in Armut, täglich verschärft sich die letzte weltweite Krise des Imperialismus, die sich noch in ihrem Anfangsstadium befindet, aber bis zum Untergang dieses maroden Systems andauern wird, täglich nehmen die Kämpfe und Kriege auf der Welt zu. Der Imperialismus hat historisch keine andere Möglichkeit, als zu sterben, und doch ist dieses System in der Lage, noch lange in seinem Zersetzungsstadium auszuharren, wenn man ihm nicht den finalen Stoß verpasst. Und dieser Stoß, der den Sieg der proletarischen Weltrevolution bedeutet, kann nur gelingen, wenn die Arbeiter international vereint als *eine Klasse* kämpfen – mit einem Ziel vor den Augen: dem Kommunismus. In diesem Sinne schreibt der IKB:



Erklärung des IKB

„Es ist ein festes Versprechen im harten und unnachgiebigen Kampf, den Maoismus als einzigen Befehl und Wegleitung der Weltrevolution durchzusetzen, die einzige zutiefst rote und unvergängliche Fahne, welche die Garantie des Triumphs für das Proletariat, die unterdrückten Nationen und die Völker der Welt ist, in ihrem unaufhaltsamen Marsch zum goldenen und immer strahlenden Kommunismus.“

Parteien und Organisationen aus 14 Ländern haben sich unter der Fahne des IKB zusammengeschlossen:

- Kommunistische Partei Brasiliens (P.C.B.) [Brasilien]
- Komitee Rote Fahne (KRF) [Bundesrepublik Deutschland]
- Rote Fraktion der Kommunistischen Partei Chiles (FRPCCCh) [Chile]
- Kommunistische Partei Ecuadors – Rote Sonne (PCE-SR) [Ecuador]
- Maoistisches Komitee in Finnland (MKS) [Finnland]
- Maoistische Kommunistische Party (PCM) [Französischer Staat]
- Kommunistische Partei Kolumbiens (Rote Fraktion) (PCC(FR)) [Kolumbien]
- Poder Proletário – M-L-M Parteiorganisation Kolumbien (PP-OP-MLM) [Kolumbien]
- Komitee für die Rekonstitution der Kommunistischen Partei Mexikos (CR-PCM) [Mexiko]
- Dem Volk dienen – Kommunistischer Bund Norwegens [Norwegen]
- Komitees für die Gründung der (maoistischen) Kommunistischen Partei Österreichs (KG(m)KPÖ) [Österreich]
- Kommunistische Partei Perus (PCP) [Peru]
- Kommunistische Liga Schwedens [Schweden]
- Maoistische Kommunistische Partei (PCM) [Spanischer Staat]
- Kommunistische Partei der Türkei / Marxisten-Leninisten (TKP/ML) [Türkei]

Die Gründung des IKB markiert einen neuen Gipfel in der Geschichte der Internationalen Kommunistischen Bewegung:

„Die I. Vereinte Maoistische Internationale Konferenz ist eine Basis und marschiert unerbittlich zur Wiedervereinigung der Kommunisten in der Internationalen Kommunistischen Bewegung – eine Kriegsmaschine – eine Maschine des Kampfes, die die unvergänglichen Fahnen des Marxismus-Leninismus-Maoismus und des unbesiegbaren Volkskriegs erhebt!“ •



Fahnen des IKB in Brasilien

AUSGEPLÜNDERT, ASSIMILIERT UND EINSORTIERT: DIE BRD UND IHR EINWANDERUNGSRECHT

Fachkräftemangel hier, Fachkräftemangel da, so schallt es seit Jahren aus allen Ecken der bürgerlichen Presselandschaft. Ein Anlass für die Herrschenden, die Regeln für Zuwanderung und Einbürgerung zu reformieren, und die Teilung in „gute“ und „schlechte“ Migranten weiter voranzutreiben. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrecht in einigen Punkten verändert.

So plant die Bundesregierung, den Aufenthalt von acht Jahren in Deutschland, den es für eine Einbürgerung braucht, auf fünf Jahre zu verkürzen. „Bei besonderen Integrationsleistungen“, also einer möglichst schnellen Assimilation, schon nach drei Jahren. Die bisherige Pflicht zur Aufgabe der vorherigen Staatsangehörigkeit soll entfallen. Aber nicht nur am Staatsbürgerschaftsrecht wird geschraubt. Auch Geduldete, die seit mehr als fünf Jahren in der BRD leben und nicht straffällig geworden sind und sich zur sogenannten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bekennen, sollen „eine dauerhafte Bleibeperspektive“ bekommen. Gefragt ist hier also vor allem die Loyalität gegenüber dem deutschen Staat. Der zynisch „Chancen-Aufenthaltsrecht“ genannte Gesetzentwurf, wurde bereits am 2. Dezember letzten Jahres vom Bundestag verabschiedet. Um wessen „Chancen“ es hier geht, daraus machen die Herrschenden keinen Hehl, denn es geht um nichts anderes, als den Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen zu schließen, oder wie die Migrationsexpertin der Grünen erklärt: *„Profitieren werden auch unzählige Unternehmen, gerade aus dem Mittelstand, die händeringend Arbeitskräfte suchen und schon seit Längerem auf pragmatische Verfahren im Aufenthaltsrecht dringen.“* Auch eine sogenannte „Chancenkarte“ soll kommen, bei der man sich mittels eines Punktesystems einen Aufenthalt zur Suche eines Arbeitsplatzes „verdienen“ kann. Vergeben werden diese Punkte anhand von Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, „Deutschlandbezug“ und Alter. Dieses und weitere Gesetze werden voraussichtlich im Frühjahr 2023 verabschiedet werden. Die Beschleunigung von Asylverfahren und Abschiebungen gehen Hand in Hand mit den angekündigten

Reformen. Sollte man sich jetzt freuen, wenn man von diesen Neuregelungen profitiert? Mit Sicherheit ist es besser für einige in diesem Land, wenn der Dschungel an Verordnungen ein bisschen lichter wird, der ein oder andere nicht mehr permanent mit Abschiebung bedroht ist. Illusionen über die „Menschenfreundlichkeit“ dieses Staates machen sollte man sich allerdings nicht.

Wenn in diesem Land von Fachkräftemangel die Rede ist, dann haben viele das Bild von dem Ingenieur oder der IT-Kraft vor Augen. In der Hauptsache geht es aber um ganz andere Berufe. Pfleger, Krankenhauspersonal im Allgemeinen, Erntehelfer aber auch Handwerker, Bauarbeiter, Arbeiter in der Industrie, das ist, worum es hier wirklich geht. Anscheinend reichen die migrantischen Arbeiter, die unter Mindestlohn mit Werkverträgen oder teils in illegalen Beschäftigungsverhältnissen von Sub-Sub-Sub-Unternehmen auf den Baustellen und in den Fabriken des deutschen Imperialismus schufteten, nicht mehr aus. Die Devise ist klar, mehr dieser Menschen sollen in legale Arbeitsverhältnisse überführt werden, und auch in der BRD bleiben und natürlich Steuern zahlen. Und so schreit es uns schon warnend aus den Blättern der bürgerlichen Presse entgegen, wenn nicht schnell etwas gegen den Fachkräftemangel getan werde, könne das Wirtschaftswachstum um vier Prozent zurückgehen. Wohlgermerkt – das Wachstum könne zurückgehen. Etwas, wovon der Großteil der Menschen in diesem Land sowieso nichts hat, und das in Zeiten von Inflation und massiven Preissteigerungen, vor allem bei Lebensmitteln. In Zeiten, wo sich immer mehr Menschen fragen, ob sie am Ende des Monats überhaupt noch genug Geld zum einkaufen haben, von Strom- und Gasrechnungen mal ganz zu schweigen.

CDU AM WEINEN:

DER „DEUTSCHE“ IST IN GEFAHR!

Union und AfD schreien da natürlich auf. Die „deutsche Staatsangehörigkeit“ werde „verramscht“, heißt es. Auf keinen Fall dürfe man weitere „Zuwanderungsanreize“ setzen. Ein blanker Hohn, denn die

meisten Menschen die, in den letzten Jahren nach Deutschland eingewandert sind, sind sicher nicht hier, weil sie Deutschland so toll finden, sondern weil der Imperialismus, maßgeblich auch der deutsche, ihre Heimatländer ausplündert und nur Krieg, Armut, Hunger und Zerstörung verursacht. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann setzt dann sogar noch einen drauf: *„Wo bleibt die seit einem Jahr angekündigte Rückführungsoffensive? Wo bleiben die im Koalitionsvertrag versprochenen Abkommen mit den Herkunftsländern abgelehnter Asylbewerber?“* Wer nützlich ist für die deutsche Wirtschaft und nicht aufmuckt, darf bleiben, wer zu „unqualifiziert“ ist, rebelliert und sich nicht assimilieren will, fliegt raus!

Nicht anders als zu erwarten, regt sich Widerstand gegen die Reformpläne sowohl bei CDU/CSU als auch der AfD. Von „Loyalitätskonflikten“ gegenüber der „deutschen Nation“ wird da gesprochen. Wer erinnert sich nicht an die chauvinistischen Kampagnen, die die Union Ende der 90er Jahre geführt hat, und das während gleichzeitig nach Annektion der DDR chauvinistische Ausschreitungen gegen Flüchtlinge auf der Tagesordnung standen. Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerder sind nur einige Beispiele aus dieser Zeit. Von NSU, Kopftuchverbotsdebatten bis Angriffe auf Migranten jeden Tag, mit ihrem Chauvinismus und der Hetze spalten die bürgerlichen Parteien das Volk! Dabei verstehen die Rechten eine Sache nicht: Die Einwanderung ist vor allem eins: im Interesse der deutschen Wirtschaft. Wenn die „Ampelparteien“ sich jetzt empören, dass die CDU sich der AfD annähert, so zeigt das lediglich ihre eigene Verlogenheit und Doppelmoral. Denn an der Trennung in „gute“ und „schlechte“ Migranten wollen diese ja überhaupt nichts ändern. Ein guter Migrant ist eben nur, wer sich „integriert“ und als billige Arbeitskraft in der BRD ausbeuten lässt. Gleichzeitig will die „Ampel“ auch mehr und konsequenter Abschiebungen vornehmen. Asylverfahren beschleunigen nennen sie das. Das ist nämlich was die „geregelt Migration“ bedeutet: Knast, Sortierung, Abschiebung für alle, die der deutsche Imperialismus gebrauchen kann. Ausbeutung, Assimilation und der deutsche Pass als „Verheißung“ für jene, die die BRD verwerten will. Dass das Asylrecht in diesem Land nur eine Farce ist, ist sowieso bekannt, und so ertrinken die sogenannten „europäischen Werte“ auch weiter Jahr für Jahr im Mittelmeer.

KAPITALEXPORTE: DER BDI UND AFRIKA

In den jüngsten Ausgaben der Roten Post haben wir bereits viel über die Pläne des deutschen Imperialismus, was die Reformierung der EU angeht, geschrieben. Zentral hier ist der Versuch, die eigene Abhängigkeit in Bezug auf billige Rohstoffe und vor allem Energie, auf Kosten der unterdrückten Nationen zu lösen. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein neues Positionspapier des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) zu Afrika: *„Für Deutschland wird Afrika wirtschaftlich immer wichtiger, um sich stärker zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren, vor allem von China“*, sagt Wolfgang Niedermark, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI. *„Afrika ist heute ein Muss für deutsche Unternehmen – und nicht mehr nur ein Chancenkontinent.“* Diversifizieren ist hier das Stichwort, denn dabei geht es vor allem um die Energiepolitik. So verwundert es nicht, dass der BDI dem Thema Wasserstofftechnologie ein ganzes Kapitel widmet, von *„afrikanisch-deutscher Win-Win-Partnerschaft auf Augenhöhe“* ist da die Rede. *„Länder wie China, die Türkei oder Russland haben die Bedeutung Afrikas für die Weltwirtschaft erkannt und ihren Einfluss sukzessive ausgebaut.“* Die deutschen Imperialisten fürchten also um ihr Stück vom Kuchen und wollen sich wie einst bei der Kongo-Konferenz (Zusammenkunft der europäischen Kolonialmächte 1884/85 unter Führung Bismarcks, um sich zu einigen, wer welche Teile Afrikas unterjochen durfte) beteiligen an der Neuaufteilung des afrikanischen Kontinents. Dass „Partnerschaft auf Augenhöhe“ nichts als eine Lüge ist und in Wahrheit die Abhängigkeit der unterdrückten Nationen, in diesem Fall vom deutschen Imperialismus, verstärkt werden soll, ist offensichtlich. Billige Rohstoffe, billige Arbeitskräfte, das ist es, was die BRD in Afrika will. Wir dürfen uns nicht spalten lassen in „gute“ und „schlechte“ Ausländer, Deutsche, Juden, Christen, Muslime, schwarz, weiß oder wie auch immer. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Ländern, nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen arm und reich, zwischen oben und unten. Wir sind eine internationale Klasse, und müssen als eine Klasse gemeinsam den Kampf gegen den Imperialismus führen, egal ob in der BRD oder sonst wo. •

WENIGER KRANKENHAUSPERSONAL DURCH NEUE GEPLANTE SPARMASSNAHMEN

Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat in einem Gesetzentwurf vom 20. Oktober 2022 verschiedene Einsparungen im Gesundheitssystem verlangt. Eine Maßnahme davon soll 2024 in Kraft gesetzt werden. Es handelt sich darum, dass die Finanzierung von „sonstigem“ medizinischem Personal in Krankenhäusern durch die Krankenkassen wegfällt. „Sonstiges Personal“ sind Beschäftigte im Krankenhaus, die keine klassische Pflegeausbildung haben, aber dennoch am Patienten arbeiten und einen wichtigen Beitrag zur Patientenversorgung leisten. Das sind z.B. Hebammen, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Psychologen oder verschiedene medizinische Assistenzkräfte. Bisher war ihre Finanzierung im sogenannten Pflegebudget mit inbegriffen, das die Krankenkassen an die Krankenhäuser gezahlt haben. Nun ist es den Krankenhäusern selbst überlassen, ob sie dieses notwendige Personal aus eigener Tasche zahlen oder nicht.

Eine weitere geplante Änderung ist, dass die Neupatientenregelung wegfällt. Demnach wurden Ärzte für die Behandlung von Patienten, die erstmals oder erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder in der Arztpraxis behandelt wurden, mit zehn Euro extra vergütet. Das sollte dazu führen, dass mehr Patienten aufgenommen werden können. Doch damit soll jetzt Schluss sein.

Der Grund für diese Sparmaßnahmen ist, dass 2023 der derzeitige Bundeszuschuss von 14 Milliarden Euro für die Krankenkassen wegfällt. Irgendwie müssen die gigantischen Rüstungsausgaben und Milliarden an Corona-„Wumms“ der BRD ja wieder ausgeglichen werden. Darunter leiden die Patienten, die dann mit noch weniger Unterstützung zurechtkommen müssten, das „sonstige Personal“ an Kliniken, das dann arbeitslos wäre, und vor allem aber die Pflege. Therapeutische Begleitung im Krankenhaus ist eine unbedingt notwendige Leistung, die nun von eh schon überlasteten Pflegerinnen übernommen werden muss. Wer soll den Patienten sonst zeigen, wie sie an Stützen gehen oder Treppen steigen? Wer soll sonst Essensbegleitung durchführen, psychologische Unterstützung leisten oder mit den Patienten überhaupt mal das Bett verlassen? Nun ist es aber bekannt, dass

Pflegerinnen unter chronischem Zeitdruck leiden, da sie unterbesetzt sind. Das heißt, die eben genannten Arbeiten am Patienten würden einfach wegfallen.

Die Pflege ist ein traditioneller „Frauenberuf“. 2020 waren rund 83 Prozent der Pflegekräfte in Deutschland Frauen. Im Pflegemanagement sind sie dafür deutlich weniger zu finden, nur etwa die Hälfte der Führungspositionen ist weiblich. Im Allgemeinen arbeiten Frauen oft in schlechter bezahlten Berufen. Wenn dieser Gesetzentwurf durchgesetzt wird, bedeutet das also für viele Frauen in der BRD Mehrarbeit – wenn sie Pflegerinnen sind – oder Arbeitslosigkeit, wenn sie unter das „sonstige Personal“ der Kliniken fallen. Der Frauenanteil in der Pflegeassistenz beispielsweise liegt bei 73 Prozent (Stand 2010), unter Physiotherapeuten sind 75 Prozent Frauen. Unter den Ergotherapeuten beträgt der Frauenanteil 86 Prozent, und der Beruf der Hebamme ist fast rein weiblich besetzt. In ganz Deutschland gibt es lediglich vier männliche Hebammen (Stand Januar 2020).

Wir Frauen sollten uns aber nicht in diese Berufe drängen lassen oder mit einer vermeintlichen „weiblichen Natur“ rechtfertigen, dass Frauen die Fürsorgearbeit nun einmal liegen würde. Oder dass wir besonders viel Spaß an dieser unterbezahlten oder zum Teil gänzlich unbezahlten Arbeit hätten, weil das einfach unser Ding sei. Dieser Gesetzentwurf zeigt, wie unverbindlich Lauterbachs Versprechen zu verstehen sind. Beispielsweise betont er immer wieder, wie wichtig gute Gehälter in der Pflege sind. Seine jüngsten Pläne widersprechen diesen Aussagen allerdings, denn gute Gehälter müssen schließlich auch finanziert werden. Ebenso sagte er: *„Nicht mehr ökonomischer Zwang, sondern medizinische Notwendigkeit soll künftig in den Kliniken über die Behandlung entscheiden.“* Patienten sollten sich darauf verlassen können, durch qualifiziertes Personal behandelt zu werden. Wie passt das zusammen, wenn zukünftig Pflegerinnen auch noch Aufgaben übernehmen müssen, die ein hohes Ausmaß an Mehrarbeit bedeuten? Denn das müssten sie ja schließlich, wenn die Krankenkassen die Hebammen und Therapeuten nicht mehr finanzieren.

Zum Thema falsche Versprechen der Regierung an Krankenhausbeschäftigte hat sich schon zu einem anderen Anlass Widerstand geregt. Am 5.12. haben sich Kollegen vor dem Universitätsklinikum Eppendorf in Hamburg zu einer Kundgebung versammelt, um die mangelhafte Auszahlung des Corona-Bonus anzuprangern. Dieser steht nämlich nicht allen am Patienten beschäftigten Kollegen zu, sondern nur ausgebildeten Pflegerinnen, die mindestens 185 Tage im Jahr gearbeitet haben. Leiharbeiterinnen, Springerinnen und anderes medizinisches Personal gehen leer aus. Doch diese Spaltung ließen sich die Kollegen nicht gefallen, stattdessen forderten sie gerechte Verteilung des Corona-Bonus und darüber hinaus ein Ende des nach Profit strebenden Gesundheitswesens.

Was die Finanzierung der Hebammen betrifft, ist Lauterbach mittlerweile schon wieder zurückgerudert, weil sich hier ausreichend Protest dagegen geregt hat. Das zeigt, dass Veränderung möglich ist, wenn wir uns zusammenschließen. Dabei dürfen wir aber nicht das Gesamtproblem aus den Augen verlieren, nämlich dass die Prioritäten der BRD Aufrüstung und Militarisierung sind statt Sozialausgaben und ein profitorientiertes statt bedürfnisorientiertes Gesundheitssystem. Wenn wir dieses Grundproblem nicht bekämpfen, wird es immer wieder zu Kürzungen kommen, die uns zur Last fallen.

Eine Frechheit ist, dass die Tagesschau die Finanzierung der Hebammen als neue Errungenschaft von Lauterbachs „Krankenhausreform“ darstellt, und nicht als etwas, das schon vorher existiert hat und durch die Pläne der Bundesregierung sogar auf der Kippe stand. Mit diesem Gesetzentwurf wird jedenfalls alles über Bord geworfen, was in den vergangenen zwei Jahren den Pflegekräften versprochen wurde: Stärkung der Pflege, bessere Rahmenbedingungen und Steigerung der Attraktivität des Berufs. Mit letzterem ginge es auf jeden Fall bergab, wenn die Reform durchgesetzt wird. Wer will denn diese Berufe dann noch ausüben? Nichts passt mehr zusammen in der Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung, und die Leidtragenden sind die Patienten und Beschäftigten im Gesundheitswesen. Der Gesetzentwurf schließt sich an eine Reihe gebrochener Versprechen an, die die Ampelregierung bisher gemacht hat. Es wird immer versucht, eine Ausrede zu finden, egal was es ist: Corona, Krieg in der Ukraine, oder einfach eine allgemeine „Zeitenwende“. Aber wir müssen

aus der Geschichte lernen und erkennen, dass sich die BRD niemals aufrichtig um unsere Interessen kümmern wird. Kein imperialistischer Staat wird das tun. Zumindest nicht mehr, als uns kurz einmal zu besänftigen, damit wir nicht auf die Barrikaden gehen.

Die BRD ist nicht in der Lage, ein soziales Gesundheitssystem aufzubauen, sie hat auch gar kein Interesse daran. Als imperialistischer Staat ist ihr Interesse, ihre internationale Machtstellung zu verbessern, indem mächtig aufgerüstet wird und dafür im Inneren gespart wird, wo es nur geht. Doch selbst wenn die BRD finanziell gut aufgestellt ist und international zu den führenden imperialistischen Staaten gehört, heißt das nicht, dass das zu unserem Vorteil ist. Das bedeutet lediglich Reichtum für die Wenigsten in diesem Land, die meisten spüren davon absolut nichts. Das bedeutet offensichtlich nicht, dass dieses Geld irgendwie wieder zu uns zurückkommt. Alle Rechte, die wir Arbeiter haben, haben wir uns erkämpft. Geschenkt wurde uns überhaupt nichts. In Zeiten der Krise zeigt sich, wie schnell uns diese Rechte wieder genommen werden können. Was wir brauchen, ist Organisation, damit dieser Teufelskreis endlich ein Ende hat und wir ein neues System aufbauen können, das dem Menschen dient und nicht dem Profit. •



PARKZONEN BIS ZUM ABWINKEN

Mit Beginn des neuen Jahres verschlimmern sich in Berlin mal wieder einige öffentliche Angebote. Unter anderem wird die Parkgebühr in den mittlerweile über 60 gegen den Willen des Volkes betriebenen Parkzonen in der Stadt um einen ganzen Euro pro Stunde angehoben. Ein Millionengeschäft für die Stadt, für das satte 445 von öffentlichen Geldern bezahlte Überwachungskräfte im Einsatz sind, die allein im Bereich City-West in den kommenden 24 Monaten Zulauf durch 32 neue Stellen bekommen sollen. Der Preis für eine Anwohner-Vignette soll sich berlinweit dann diesen Sommer von gut zehn Euro im Jahr aus mehr als *verelf(!)* fachen. Dazu führte man zum Jahreswechsel unzählige neue Parkzonen ein, sodass man nun im Großteil des gesamten S-Bahn-Rings nicht mehr sein Auto parken kann, ohne der Stadt zu blechen. In Charlottenburg, Kreuzberg und Prenzlauer Berg sollen großflächig Zonen errichtet werden. In Tempelhof-Schöneberg wird der gesamte im Ring liegende Bereich seit Jahreswechsel zu einem Minenfeld aus Parkautomaten umgewandelt, hier kommt niemand mehr gratis davon. In Neukölln wird es bald knapp 15.000 freie Parkplätze weniger geben.

Aber auch abseits des Rings, wo keine Touristen mehr parken und Geschäfte, Veranstaltungsorte und Büros weit weg liegen, wo die Straßen deutlich leerer sind und der Verkehr deutlich entspannter, will die Stadt die Parkzonen ausweiten. Mitten in den Arbeitervierteln sollen die Anwohner jetzt fürs Parken zahlen. Zum Beispiel in Marzahn sieht es ganz danach aus, als würden demnächst die ersten kostenpflichtigen Parkplätze kilometerweit weg von der Innenstadt eingerichtet werden. Wenn es nach der SPD geht, kommt die Märkische Allee, eine der Hauptverkehrsachsen durch den Bezirk Marzahn-Hellersdorf, in Frage als Ort, wo als erstes Gebühren geleistet werden müssen. Begründet wird die Forderung nach Parkzonen mit der Parkplatzknappheit, die durch die relativ große Zahl an Neubauwohnungen, die in den letzten Jahren hier gebaut wurden, entstanden ist. Ein Problem, das eigentlich ziemlich einfach zu beheben ist, wie auch unterschiedliche Anwohner ausdrücken:

„Das Problem ist, dass gebaut wird, ohne neue Parkplätze zu schaffen. Es gibt auch Pendler, die zum

S-Bahnhof wollen und bei uns parken. Parkplätze am Bahnhof statt Anwohner-Parkausweise wären die bessere Lösung“

„Ich habe mir extra einen Stellplatz angemietet, weil ich nie einen Parkplatz gefunden habe. Anwohner-Parkausweise schaffen keine zusätzlichen Parkplätze. Wenn neu gebaut wird, sollten auch Parkplätze dazukommen“

Aber Parkplätze bauen kostet eben Geld, ganz im Gegenteil dazu, Parkplätze gebührenpflichtig zu machen. Der Senat stopft sich also mit der Ausweitung der Parkzonen die Taschen voll und sagt dann, man würde das angeblich für das Klima machen und für das Wohlbefinden der Radfahrer und so weiter. Blödsinn! Ihnen geht es nur um volle Taschen. Und des weiteren kann man die Frage aufwerfen, wie sehr das Parkzonen-Spreading bis jetzt denn überhaupt zu einer Minderung des Autoverkehrs beigetragen hat. Die meisten jedenfalls zahlen lieber das fällige Geld mehr, als auf ihr Auto zu verzichten, viele sind auch einfach darauf angewiesen. In Deutschland sind heute so viele PKW angemeldet wie noch nie. Das Ergebnis ist also am Ende nicht „weniger Auto“, sondern „mehr Einnahmen“. Und das war auch so geplant. •



Weitere kreative Ideen des Berliner Senats zum Thema Parkplätze

NEUKÖLLN: DIE SCHIKANE LÄSST NICHT LANGE AUF SICH WARTEN

Die Geschehnisse in der Silvesternacht in einigen Teilen Neuköllns waren besonders für die nicht-staatliche Fraktion der bürgerlichen Presse ein willkommener Aufruf, die chauvinistische Hetzkampagne gegen arabische Migranten auf ein neues Level zu treiben. Während in Gaza und im Westjordanland der israelische Staat ganze Hochhäuser mit einem Knopfdruck in Trümmer fallen lässt und in der bürgerlichen Presse diese Sache überhaupt keine Erwähnung findet, sind die Schlagzeilen hier voll von den „ausländischen jugendlichen Gewalttätern“, die in der ersten Linie gerechtfertigter Weise an Silvester eine Antwort auf die tägliche Polizeischikane gegeben haben. Während die Imperialisten in vielen ihrer Heimatländern gerade die Gewalt eskalieren, ist man hierzulande völlig entsetzt, dass sie sich gegen die chauvinistische Gängelung zur Wehr setzen. Dass viele Leute auch gehörig Scheiße gebaut haben und ihr Feuerwerk rücksichtslos auf Passanten geschossen haben, ist eine Sache, wozu die Silvesternacht von den Herrschenden benutzt wird, eine andere.

Die Polizei hat jetzt zumindest mal einen Vorwand, sich in der High-Deck-Siedlung an der Sonnenallee, wo an Silvester ein Reisebus gebrannt hat, auf ganz direkte Art und Weise mit den Anwohnern bekannt zu machen. Die gehen jetzt einfach in die Häuser rein und klingeln alle Türen ab. Dann wird gefragt, ob man irgendwelche Hinweise hätte, ob man etwas gesehen habe an Silvester. Ein Polizeisprecher formuliert es so:

„Wir hoffen, dass vielleicht der ein oder andere doch noch Bild- oder Videodatenmaterial zu Hause oder auf dem Handy hat. [...] Die Mitarbeitenden gehen in den Hauseingängen auf und ab, klingeln nahezu an jeder Wohnungstür und verteilen Flyer.“

Was vor einigen Jahren nicht möglich gewesen wäre, passiert heute ganz selbstverständlich. Die Polizei kann in Arbeitergegenden sich ohne juristische Anordnung ein ganz genaues Bild davon machen, wer wo wohnt, wie es bei Leuten aussieht und wie die Leute reagieren, wenn auf einmal die Staatsgewalt vor der Wohnungstür steht. Diese Art der Kontrollen dient ihnen nicht nur, um die

jungen Leute, die an Silvester rebelliert haben, zu identifizieren, sondern auch mit Blick auf die Zukunft. Jeder komische Blick kann notiert werden, jeder unliebsame Name am Klingelschild vermerkt, jedes kritische Wort abgespeichert werden. Das ist Aufstandsbekämpfung. Früher oder später werden die Arbeiter an einem Ort wieder rebellieren gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Bis dahin will man die Sache bestmöglich überwachen, um dann in der Lage zu sein, die gerechtfertigte Rebellion brutal niederzuschlagen. So wird es kommen, darum macht die Polizei solche Aktionen.

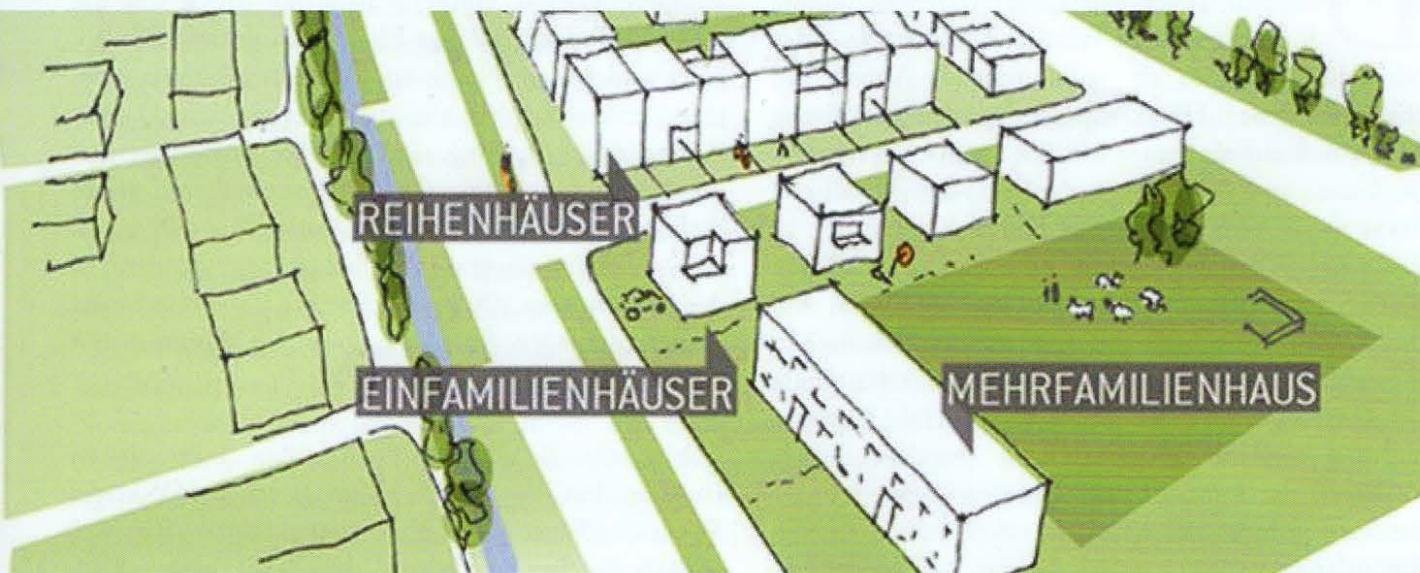
Die ganze Bandbreite der großen bürgerlichen Parteien hat ihren Dreck am Stecken: Während Friedrich Merz sich über die „kleinen Paschas“ auskotzen darf und von der AfD eine chauvinistische Debatte um die „Vornamen der Silvester-Täter“ vom Zaun gebrochen wird, treibt die (noch) rot-rot-grün geführte Polizei die Militarisierung der Arbeiterviertel voran. Unsereins soll sich daran gewöhnen, Tag und Nacht Polizei auf den Straßen patrouillieren zu sehen. Doch wenn die Bullen in unsere Viertel kommen, werden sie damit auf Dauer nicht verhindern, dass es knallt, sondern genau das Gegenteil bewirken. Die Arbeiter werden die neuste Zunahme der Polizeischikanen nicht lautlos hinnehmen. Es bleibt die gerechte Forderung, die den meisten Leuten auf der Zunge liegt:

Polizei raus aus den Arbeitervierteln! •



Die High Deck Siedlung in Neukölln

HAMBURGER SOZIALMONITORING: DIE REICHEN WERDEN REICHER, DIE ARMEN WERDEN ÄRMER



„Soziale Durchmischung“ in Billstedt / Öjendorf: Wie die Bourgeoisie die Zerstückelung der Arbeiterviertel forciert

Seit dem Jahr 2010 wird von der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen das sogenannte Sozialmonitoring integrierte Stadtentwicklung veröffentlicht. Dieser jährlich erscheinende Bericht soll zeigen, wie sich soziale Ungleichheit in Hamburg entwickelt, in welchen Teilen der Stadt es den Menschen gut geht und wo die Menschen in schwereren sozialen Verhältnissen leben müssen. Dabei geht es laut Behörde nicht nur darum, die Armut in einzelnen Gebieten zu erkennen, sondern auch darum, handeln zu können und mehr sogenannte soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Dass die Hamburger Landesregierung damit seit Jahren krachend scheitert, liegt auf Hand, denn so etwas wie soziale Gerechtigkeit gibt es nicht für das Proletariat in diesem System. Dafür gibt das Sozialmonitoring integrierte Stadtentwicklung einige andere interessante Punkte preis.

Tatsächlich gibt das Sozialmonitoring einen deutlich detaillierteren Einblick über Armut und Reichtum in Hamburg als viele andere bürgerliche Armutsstatistiken. Die Stadt Hamburg wird in dem Bericht in insgesamt 853 Gebiete eingeteilt, die einzeln erfasst werden. Jedes dieser Gebiete hat mindestens 300 Einwohner. In anderen Berichten und Statistiken werden oft ganze Stadtteile genommen, was es einfach macht, geschönte Zahlen zu präsentieren, da die Stadtteile meist so groß sind, dass Menschen unter-

schiedlicher Klassenherkunft innerhalb dieser leben. Die proletarischen Viertel eines Stadtteils, in denen die ärmsten Teile leben, kommen in den Statistiken dann nicht richtig zur Geltung, da die reicheren Teile die Zahlen nach oben treiben. Ein gern genutzter Trick der Bourgeoisie, um die Armut in unseren Vierteln zu verschleiern. Besonders hier in Hamburg, wo seit Gründung der Bundesrepublik fast durchgängig die SPD regiert hat, zeigt sich diese Sache immer wieder. Betrachtet man zum Beispiel Billstedt, sieht man, dass die Quartiere mit Mehrfamilienhäusern und Blocks immer von kleinen Einfamilienhaus-siedlungen umgeben sind. Teilweise stehen auf der einen Straßenseite Blocks, während auf der anderen Straßenseite Einfamilienhäuser stehen. Das ist kein Zufall und ist besonders von den Sozialdemokraten immer wieder in verschiedenen Städten umgesetzt worden. Es geht dabei um die sogenannte soziale Durchmischung, aber dazu später mehr.

VERBESSERUNG VOR ALLEM FÜR DIE REICHEN

Das sogenannte Sozialmonitoring der Stadtentwicklungsbehörde betreffend, zeigt sich als erstes vor allem, dass sich in den sogenannten sozial schwachen Stadtteilen seit über zehn Jahren grundsätzlich nichts verbessert hat. Die Stadtteile, die vor zehn Jahren schon besonders arm waren, sind nach wie vor die

Stadtteile, die arm sind. Billstedt, Steilshoop, Horn, Jenfeld, Dulsberg und Lurup tauchen wie auch schon in den Berichten aus den Vorjahren als die Stadtteile mit dem „niedrigsten sozialen Status“ auf. Dennoch spricht der Bericht von Verbesserungen. Und die gab es auch, aber lediglich in den reichen Stadtteilen. Genannt werden z.B. Eppendorf und Hoheluft, wo sich der soziale Status der Leute noch mehr verbessert haben soll. Stadtteile, die mit dem Proletariat und den Problemen des Proletariats absolut nichts zu tun haben und wo die Leute regelrecht in Saus und Braus leben. Was das vor allem zeigt, ist, dass die Reichen noch Reicher werden, sich für die Arbeiter aber nichts verbessert. Gleichzeitig spricht die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Dorothee Stapelfeld (SPD), von einer „hohen sozialräumlichen Stabilität“, die Hamburg aufweise, denn insgesamt verschlechtere sich wenig. Diese „Stabilität“ gilt aber genauso für die armen Gebiete und proletarischen Viertel in Hamburg, in denen sich kontinuierlich eben nichts verbessert. Insgesamt haben 17,2 Prozent (das entspricht 147 von den 853 Gebieten) der Gebiete in „niedrigen oder einen sehr niedrigen sozialen Status“. In diesen „sozial schwachen“ Gebieten leben derzeit insgesamt knapp 350.000 Menschen.

In den ersten beiden sogenannten Pandemie-Jahren 2020 und 2021 zeigte sich vermehrt wieder eine Polarisierung. Besonders ganz oben und ganz unten gab es Veränderung. Besonders die Gebiete mit „sehr hohem sozialen Status“ und die mit „sehr niedrigem sozialen Status“ haben zugenommen. 39 Gebiete verbesserten ihren Status, während 26 Gebiete abrutschten. Gebiete mit hohem Status gewannen einen noch höheren und Gebiete mit niedrigem verloren und bekamen einen noch niedrigeren Status. Zeigt also wieder: Verbesserung gab es nur für die Reichen, und für die Armen nur Verschlechterung.

„SOZIALE DURCHMISCHUNG“, „AUFWERTUNG“ UND BÜRGERLICHE PROPAGANDA ALS LÖSUNG

Als Lösung der Probleme in den „sozial schwachen“ Gebieten Hamburgs gibt es das sogenannte Rahmenprogramm integrierte Stadtentwicklung (RISE), das vom Senat ins Leben gerufen wurde. Mit diesem sollen soziale Missstände bekämpft werden. Familienförderung, Bildungsperspektiven für Kinder, soziale Angebote, Aufwertung der Grünanlagen und öffentlichen Plätze, Kulturangebote und so weiter,

und so fort. Klingt alles sehr schön, erfüllt aber einen wichtigen Zweck für den deutschen Staat. Denn dieser versucht, die Leute auf diese Art und Weise auf Linie zu halten, seine reaktionären Ideen unter den Massen zu verbreiten und mit Hilfe von sogenannter sozialer Arbeit eine Perspektive vorzugaukeln. An den eigentlichen Problemen im Viertel ändert sich aber nichts. Gleichzeitig fördert der Staat in den Gebieten, die er als sozial schwach ausmacht, die sogenannte soziale Durchmischung, die ebenso Teil des Programms ist. Billstedt ist wieder ein gutes Beispiel hierfür. Ende 2022 war Spatenstich für die sogenannte „Neue Gartenstadt Öjendorf“, die nun zwischen Glinder Str., Öjendorfer Park und dem Islamischen Friedhof gebaut wird. Insgesamt sollen dort 2.200 neue Wohneinheiten entstehen, schicke Neubauwohnungen, aber auch Einfamilienhäuser. Die Menschen, die in einigen Jahren in dieses neue Quartier ziehen werden, werden Menschen mit gutem Einkommen sein, die mit der sonstigen proletarischen Bevölkerung von Billstedt nicht viel gemein haben. Und genau das ist das Ziel der „sozialen Durchmischung“. Die Armen sollen nicht alle zusammen auf einem Fleck leben, sondern mehr mit Menschen anderer Klassenherkunft durchmischt werden. So sind nicht all diejenigen, die am meisten Grund haben, sich gegen das System aufzulehnen, auf einem Haufen. Gerade im Zuge der Aufstandsbekämpfung ist das ein wichtiges Ziel für die Bourgeoisie. Gleichzeitig haben Bauprojekte wie in Billstedt den Effekt, dass der Mietspiegel in der Umgebung nach oben getrieben wird. Mieten werden teurer, und die ärmsten Teile der Bewohner müssen aus ihren Wohnungen raus und machen Platz für Menschen mit besserem Einkommen. So wird die „soziale Durchmischung“ auch gefördert.

Der Bericht und die Maßnahmen des Staates zeigen ganz klar, dass es für das Proletariat keine Gerechtigkeit, keine Verbesserung und keine Hilfe innerhalb dieses Systems gibt. Wir verarmen weiter, während die Reichen immer reicher werden. Wir werden mit ihren Maßnahmen überzogen, mit ihrer „sozialen Durchmischung“, ihren Propagandaprojekten, mit denen sie uns ihre reaktionäre Ideologie und Kultur beibringen wollen. Alles nur, damit sie ihre Herrschaft aufrecht erhalten können. In einer von der Bourgeoisie geführten Klassengesellschaft sind wir die, die am schlechtesten wegkommen, das liegt in der Natur der Sache. Der einzige Weg, das zu ändern, ist, dass wir uns als Klasse einen und als eine Klasse kämpfen für die neue Klassenherrschaft des Proletariats. •

ARZTHELFERIN ODER MÄDCHEN FÜR ALLES?

Wer sich für eine Ausbildung zum Medizinischen Fachangestellten oder kurz Arzthelfer entscheidet, hat vorher oft unrealistische Vorstellungen davon, wie es ist, als Angestellter in einer Arztpraxis zu arbeiten. Man malt sich aus, der Job würde zwar bestimmt recht anstrengend sein, aber man könnte damit „etwas Gutes tun“ und „den Menschen helfen“. Aber dass die Realität ganz anders aussieht, merkt man bereits nach kurzer Zeit in der Praxis – besonders als Auszubildender.

Eine Auszubildende in einer Kinderarztpraxis berichtete, dass das erste, was ihr auffiel war, was bestimmt auch jeder von uns kennt: man kommt als Patient zum Arzt, ist krank oder hat andere körperliche Beschwerden und hätte gerne die professionelle Einschätzung und den Rat eines Arztes. Aber was man dann bekommt – im schlimmsten Fall nach stundenlangem Warten im Wartezimmer, trotz Termin – sind maximal ein paar Minuten mit dem Arzt, der einen, wenn überhaupt, sehr oberflächlich untersucht, irgendeine Diagnose ausspricht und ein Medikament verschreibt. Und dann heißt es auch schon wieder: „*Der Nächste bitte!*“. So werden Patienten teilweise im Minutentakt abgefertigt und kaum einem ist dabei wirklich geholfen – außer der Praxiskasse. Denn dass sich kaum ein Arzt mehr richtig Zeit für seine Patienten nimmt, hat einen einfachen Grund: Es lohnt sich finanziell einfach nicht für ihn.

Der hauptsächliche Umsatz, den Arztpraxen machen, kommt aus den sogenannten Patientenpauschalen. Die Krankenkassen zahlen nämlich einen festen Betrag pro Patient im Quartal. Das bedeutet, wenn ein Patient einmal in drei Monaten zum Arzt geht und ein zehnminütiges Gespräch führt, macht die Praxis genauso viel Umsatz, wie wenn der selbe Patient im gleichen Zeitraum zehnmal kommt. Klar, dass der Arzt sich dann weniger Zeit für den einzelnen Patienten nimmt, wenn er in der gleichen Zeit ein Vielfaches mehr verdienen kann, indem er mit jedem nur soviel Zeit wie unbedingt nötig verbringt.

Die auszubildende Arzthelferin berichtete weiter, dass das Ganze in der Kinderarztpraxis, in der

sie arbeitet, sogar so weit geht, dass die Kollegen, die am Empfang sitzen, vom Praxischef dazu angewiesen werden, neue Patienten, die am Telefon kein oder nur schlechtes Deutsch sprechen oder einen ausländischen Namen haben, möglichst wieder abzuwimmeln, weil die Sprachbarriere im Patientengespräch zu viel Zeit koste. Und Zeit ist ja bekanntlich Geld. Migranten wird also systematisch der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung erschwert, einfach nur deshalb, weil sie nicht profitabel genug sind. Und dass dieses Vorgehen kein Einzelfall ist, sieht man schnell, wenn man sich im Internet die ungeschönten Bewertungen der verschiedenen Praxen anschaut. Dort gibt es unzählige Berichte von Diskriminierung migran-tischer Patienten, die davon erzählen, wie sie in den unterschiedlichen Praxen abgewiesen worden sind mit den Worten, sie sollten doch einfach Deutsch lernen, dann könne man sie auch vernünftig behandeln.

Die Erkenntnis der Angestellten, dass sie im Praxisalltag kaum die Erfüllung bekommen werden, die sie sich ausgemalt haben, kommt schnell. Unter dem ständigen Zeitdruck kann man einfach niemandem so richtig gerecht werden und bekommt in jedem Moment zu spüren, wie der Profit über die Menschen gestellt wird. Aber das ist nicht die einzige Ernüchterung, die man erfährt, wenn man voller Ideale und Tatendrang seine Ausbildung zum Arzthelfer antritt. Denn schnell bekommt man auch am eigenen Leibe zu spüren, dass die gesamten Abläufe in der Praxis nur von Geld bestimmt werden. Als Auszubildender genießt man eigentlich einen besonderen gesetzlichen Schutz, der Dinge wie Arbeitszeit und Vergütung genau regelt. Zum Beispiel ist es dem Arbeitgeber nicht gestattet, den Auszubildenden Überstunden machen zu lassen. Das gleiche gilt für Minusstunden. Wenn z.B. aufgrund von nicht genug anfallender Arbeit der Auszubildende nach Hause geschickt werden muss, muss diese Zeit trotzdem als normale Arbeitszeit vergütet werden.

Die Realität hat damit aber kaum etwas zu tun, berichtete uns die Auszubildende. Der Chef ordnet nämlich ständig unbezahlte Minusstunden an,

damit er an anderer Stelle Überstunden verlangen kann, ohne dass dies durch schwankendes Einkommen der Azubis offensichtlich wird und er Probleme mit den Behörden bekommen könnte. So kann er sich die Arbeitszeit der Auszubildenden so einteilen, wie sie ihm am meisten Profit einbringt, auch wenn er damit völlig die Rechte seiner Angestellten übergeht.

Aber das ist noch nicht alles, denn nicht nur wird ein Dreck auf das Arbeitsrecht gegeben, sondern auch auf die Gesundheit der Patienten. Denn den Auszubildenden wird fast von Anfang an so viel zugemutet, als seien sie ausgebildete Kräfte, und damit Aufgaben und Verantwortungen übertragen, die ihre Kompetenz völlig überschreiten. Dass es dabei unvermeidlich früher oder später zu Fehlern kommt, die schwere gesundheitliche Folgen für einen Patienten haben können, nimmt der Chef einfach in Kauf, denn so spart er sich schließlich teure Fachkräfte. Der Druck, der dadurch auf den Auszubildenden lastet, sei unglaublich hoch, wird uns berichtet, man wird völlig überfordert, allein gelassen und als „Mädchen für alles“ benutzt. So z.B. auch als billige Putzkraft. Auch hierfür gibt es zwar gesetzliche Regelungen, die es den Betrieben verbieten, die Azubis zu ausbildungsfremden Tätigkeiten wie ständigem Putzen abzustellen, doch daran hält sich niemand. Es sei in einigen Praxen sogar schon so weit, dass eine professionelle Reinigungskraft nur alle paar Tage vorbei kommt und die

Azubis den Rest der Putzarbeit irgendwie nebenher erledigen müssen, wird uns berichtet. Und das in einer *Arztpraxis*, die eigentlich ständig steril sein müsste und nicht nur nebenbei mal durchgefegt, als sei es ein Friseursalon.

Doch es bleibt nicht bei dieser einen Tätigkeit auf der Tagesordnung, die nichts mit dem Erlernen des Berufs des Arzthelfers zu tun hat. Denn eine Sache, die der Chef in der Praxis unserer Bericht-erstatte-rin täglich wie selbstverständlich von den Auszubildenden verlangt, ist, seinen eigenen privaten Terminkalender zu managen. Private Termine machen, absagen, Telefonate führen, teilweise sogar für andere Familienmitglieder des Arztes, kleine Botengänge erledigen, das alles lässt der Chef von seinen Azubis erledigen, einfach, weil er es kann. Weil er ganz genau weiß, dass er seine Machtposition schamlos ausnutzen kann, solange seine Untergebenen das alles über sich ergehen lassen. *„Aber das kann doch so nicht weitergehen!“* sagt unsere auszubildende Arzthelferin. *„Wir müssen uns unter den Kollegen zusammentun, wenn wir etwas dagegen unternehmen wollen! Der Chef glaubt, er kann alles mit uns machen, aber ich will da nicht länger mitmachen! Ich glaube, wir können die Dinge nicht ändern, wenn wir versuchen alleine zu kämpfen, denn dann bleiben wir immer schwach und machtlos in unserer Position als Arbeiter. Wir müssen uns zusammentun!“* •



Wer darf das Elend heute ausbaden?

LÜTZERATH SOLL GERÄUMT WERDEN

Zum Zeitpunkt des Verfassens des Artikels hat die Räumung von Lützerath offiziell noch nicht begonnen. Wie sich die Dinge seit Anfang Januar entwickelt haben, wird in diesem Artikel also leider keine Erwähnung finden.

Seit 2020 ist der Ort Lützerath in Nordrhein-Westfalen besetzt. Damals hatten Aktivisten aus der Klimabewegung in dem Ort spontan eine Mahnwache angemeldet, und seitdem steht der Ort symbolisch für den Protest gegen die heuchlerische Klimapolitik sowohl der vorigen, als auch der aktuellen Bundesregierung. Lützerath liegt über einem größeren Braunkohlevorkommen, das vom Stromerzeuger RWE abgebaut werden soll.

Im Tagebau Garzweiler II, für den das Dorf Lützerath weichen soll, sollen bis 2030 noch 260 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut werden. Damit liegt der angepeilte Zeitpunkt des Kohleausstiegs in NRW acht Jahre vor dem ursprünglichen Plan vom Kohleausstieg 2038. Dieser frühere Kohleausstieg dient den Grünen, die in NRW gemeinsam mit der CDU regieren, nun als Feigenblatt. Was als großer Erfolg verkauft werden soll, hat in der Realität keine Bedeutung, denn im Namen der „energiepolitischen Unabhängigkeit“ werden die Kohlekraftwerke nun erst mal hochgefahren und einfach mehr Kohle in kürzerer Zeit abgebaut.

Die von der grün-schwarzen Landesregierung sowie der Bundesregierung gestützte Räumung von Lützerath reiht sich ein in die konsequente Politik der Grünen, sämtliche Versprechen, die sie an die Regierung gebracht haben, zu brechen. Noch 2018 hatte die Partei ihren Parteitag unter dem Motto „Kohle stoppen! Klima retten“ im nahegelegenen Hambacher Forst direkt am Tagebau abgehalten. Auch danach hatten sich grüne Politiker immer wieder als Kämpfer für den Klimaschutz präsentiert, einige reisten auch nach Lützerath.

Die großen Proteste von Bewegungen wie Fridays for Future wurden von den Grünen gerne mitgenommen, um auf Stimmenfang zu gehen, aber jetzt, wo die Partei tatsächlich regieren kann, ist von den Versprechen nicht viel übrig. Wie enttäuscht die Basis von der Parteiführung ist, zeigt sich zum Beispiel an der Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer, die als Mitglied der Grünen jetzt öffentlich ihre eigene Partei kritisiert und den heuchlerischen Deal mit RWE denunziert. Statt der versprochenen konsequenten Klimapolitik bekommen die Wähler



jetzt „Realpolitik“ im Sinne des deutschen Imperialismus.

Aktuell rüstet jetzt also die Polizei zur Räumung von Lützerath. Aus dem ganzen Bundesgebiet werden Kräfte zusammengezogen, um den Kohledeal mit RWE durchzusetzen. Zu Redaktionsschluss hat die Räumung offiziell noch nicht begonnen und der weitere Verlauf dieser Aktion ist dementsprechend unklar. Allerdings hat die Polizei auch vor Beginn der Räumung erste Aktionen gegen den besetzten Weiler durchgeführt. Dazu gehört der Abriss erster Gebäude sowie von Verteidigungsstrukturen der Klima-Aktivisten vor Ort. Außerdem werden weitere Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, dass weitere Aktivisten nach Lützerath kommen.

Gegen die Räumung mobilisiert das Bündnis „Lützerath unräumbar“, das in den kommenden Wochen zu unterschiedlichen Aktionen aufruft. Hier beteiligt sind unterschiedliche Gruppen und Organisationen aus der Klimabewegung und der revolutionaristischen Bewegung. In Lützerath werden Barrikaden gebaut, Aktionstrainings durchgeführt und weitere Vorbereitungen getroffen, um die Räumung zu verhindern. Im Rahmen der Angriffe auf den Weiler soll es auch bereits zu ersten Schlägen gegen die Polizei gekommen sein. So schrieb die

Polizei Aachen, dass es im Rahmen der Proteste zu Steinwürfen auf Polizisten und Einsatzkräfte gekommen sein soll. Mona Neubaur, die angesichts ihrer falschen Versprechen wohl gut daran tun würde, die Füße still zu halten, verurteilte diese prompt und verkündete: „*Wer Einsatzkräfte bedroht oder gar verletzt, überschreitet eine Linie.*“ und forderte alle Beteiligten auf, sich friedlich zu verhalten. Konkret richtet sich diese Forderung selbstverständlich nur an die Demonstranten, denn dass die Polizei zur Räumung Gewalt einsetzen wird, versteht sich von selbst.

Die Räumung Lützeraths zurückzuschlagen und auch konsequent für den Schutz unserer Umwelt zu kämpfen, ist ein Ziel, das man haben kann. Aber ganz konkret: Solange der Imperialismus existiert, wird die schonungslose Ausplünderung des Planeten weitergehen und zwar mit allen Konsequenzen, die das mit sich bringt, sei das nun der exorbitante CO²-Ausstoß oder die Zerstörung ganzer Ökosysteme und in Konsequenz daraus die Zerstörung der Lebensgrundlage von Millionen Menschen, insbesondere in den unterdrückten Nationen. Um diesem Raubbau ein Ende zu setzen, gibt es nur einen Weg: die proletarische Weltrevolution. •



Polizeigewalt im Vorfeld der Räumung des Dorfes

WARNSTREIKS AN DEN UNIKLINIKEN II

Ende des Jahres 2022 fanden mehrere Warnstreiks der Beschäftigten der Uni-Kliniken in Baden-Württemberg statt. Betroffen waren die Kliniken in Tübingen, Ulm, Heidelberg und Freiburg. An diesen Arbeitskämpfen beteiligten sich nicht nur die Pflegekräfte, sondern bereichsübergreifend die gesamte Belegschaft. Die Streiks fanden im Rahmen der Tarifverhandlungen statt, um den Forderungen der Gewerkschaft gegenüber den Klinikleitungen Nachdruck zu verleihen. Eine Gehaltserhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 375 Euro mehr pro Monat für die Pflege und Verwaltungskräfte sowie für medizinisch-technische Assistenten forderte die Gewerkschaft *verdi*. Gerechtfertigte Forderungen, immerhin steigen gerade die Preise für alles Mögliche an. Die Preise für alles, nur für unsere Arbeitskraft nicht. Im Klartext heißt das, dass die Wirtschaftskrise auf uns Arbeiter abgewälzt wird und es in nächster Zeit immer mehr Leute geben wird, die ihre Familien nicht mehr wie bisher versorgen können.

Die Unikliniken lehnten diese Forderungen jedoch ab und versuchten, die Belegschaft mit kleineren Gegenangeboten und Einmalzahlungen abzuspeisen. So sah dieses Angebot lediglich eine steuerfreie Einmalzahlung von 2.100 Euro sowie eine Steigerung der Gehälter um sechs Prozent in zwei Stufen ab Januar 2024 vor. Dies hätte für die Beschäftigten bedeutet, bei Annahme dieses Angebotes die vollständige Entwertung ihrer Einkommen durch die Inflation der Jahre 2022 und 2023 tragen zu müssen. Dies wurde von der Gewerkschaft jedoch abgelehnt, und so fanden zwischen dem 24. und dem 28. Oktober die ersten mehrtägigen Warnstreiks an den Kliniken statt. Die Klinikleitungen veränderten ihre Angebote im Anschluss jedoch nur minimal. So boten sie nun Einmalzahlungen in Höhe von 4.200 Euro. Zu einer Tabellenerhöhung würde es aber auch erst am 1. Juli 2024 um 150 Euro (Azubis 75 Euro) plus zusätzlich zwei Prozent für Beschäftigte und Azubis, bei einer Laufzeit bis 31. Juli 2024 kommen. Zurecht wurde auch dieses Angebot von der Gewerkschaft abgelehnt, und so fanden vor der letzten Verhandlungsrunde vom 28. November bis zum 1. Dezember weitere Warnstreiks statt.

Um die Forderungen der Belegschaft durchzusetzen, wurde von den Kollegen für den Fall des Scheiterns

der Verhandlungen ein unbefristeter Streik angedroht. Am 1. Dezember wurden dann die Tarifverhandlungen abgebrochen. Jedoch folgte darauf kein Streik, sondern eine Woche später am 7. Dezember wurde sich dann überraschend noch auf ein Ergebnis geeinigt. Dieses Ergebnis enthält verschiedene Einmalzahlungen für die Beschäftigten. Einmal zwei Netto-Einmalzahlungen von 1.200 Euro. Eine im Dezember 2022 und eine im März 2023. Dazu dann im Oktober 2023 noch eine Einmalzahlung von 750 Euro Netto, und erst ab Januar 2024 eine feste dauerhafte Gehaltserhöhung um 250 Euro. Die Azubis bekommen eine Einmalzahlung von 900 Netto im Dezember 2022 und von April 2023 bis April 2024 netto 115 Euro monatlich, zusätzlich zum Ausbildungsgehalt. Ab Mai 2024 wird das Ausbildungsgehalt dann um insgesamt 150 Euro erhöht. Psychotherapeuten in Ausbildung erhalten bereits ab Dezember 2022 monatlich 300 Euro mehr Ausbildungsgehalt.

Viele Angestellte bei den Unikliniken freuen sich über dieses Ergebnis. Jeder Beschäftigte bekommt nun mehr Geld, und zwar eine Gehaltserhöhung, die er sogar spürt. Gerade in diesen Zeiten kann jeder von uns ein wenig zusätzliches Geld gut gebrauchen. Nein, viele benötigen dies auch einfach, um weiter über die Runden zu kommen. Dass die Kollegen an den Unikliniken nun mehr Geld bekommen, ist ihr eigener Verdienst. Entschlossen zeigten die Beschäftigten, dass sie für ihre Forderungen einstehen und dass sie auch bereit sind, dafür zu streiken. An den Streikdemonstrationen in verschiedenen Städten beteiligten sich Tausende Menschen und in Interviews und Reden wurde von den Beschäftigten sehr klar gesagt, dass sie für ihre Interessen kämpfen wollen und dass sie dafür zusammenstehen. Wir dürfen uns keine Illusionen machen – wenn es diese Entschlossenheit in der Belegschaft nicht gegeben hätte, würden die Kollegen nicht mehr Geld in der Tasche haben. Man muss jedoch auch klar sagen, dass das Ergebnis, das erzielt wurde, starke Begrenzungen hat und klar hinter dem zurückliegt, was von den Kollegen eigentlich gefordert wurde.

So setzt dieser Abschluss auch sehr viel auf Einmalzahlungen. Genauer gesagt erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von insgesamt 3.150 Euro. Die Höhe der Einmalzahlung liegt damit unter der

Höhe der Einmalzahlung von 4.200 Euro, welche Teil des letzten Angebotes der Kliniken war und von der Gewerkschaft entschlossen abgelehnt wurde. Eine feste Gehaltserhöhung gibt es eben auch erst ab 2024, und diese 250 Euro liegen unter den geforderten „375 Euro mindestens“. Klar, das Ergebnis, das nun erreicht wurde, ist besser als nichts, doch es wäre durchaus viel mehr möglich gewesen, wenn dafür gekämpft worden wäre. Und die Kollegen in den Kliniken waren entschlossen und bereit, für ihre Forderungen zu kämpfen. Die Führung der Gewerkschaft hat dies jedoch abgewürgt und gar nicht erst versucht die gestellten Forderungen ernsthaft durchzusetzen. Wieder einmal heißt das Problem Sozialpartnerschaft und wieder einmal tut die Führung der Gewerkschaften so, als säßen wir alle in einem Boot und müssten uns solidarisch mit den Unternehmen einigen. Wir sitzen aber nicht im selben Boot! Die Unternehmen, in diesem Fall die Kliniken, haben ganz andere Interessen als wir Arbeiter. Sie haben besser gesagt Interessen, die unseren entgegengesetzt sind.

Was dieser Arbeitskampf uns abschließend zeigt, ist, dass die Kraft, etwas an unseren Lebensbedin-

gungen zu verbessern, in unseren Händen liegt und durch den gemeinsamen Kampf erreicht wird. Was wir jedoch auch sehen können, ist, dass die Führung der Gewerkschaft uns dabei im Weg steht. Um das Potential, das in unserer Einheit liegt, tatsächlich voll nutzen zu können, brauchen wir eine kämpferische Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft, die tatsächlich unsere Interessen vertritt, anstatt mit den Ausbeutern faule Kompromisse einzugehen. Eine Gewerkschaft, welche sich auch nicht scheut, wenn nötig in einen unbefristeten Streik zu treten. Auch wenn die Führung von Verdi vielleicht Angst vor einem solchen Streik hat, wir Arbeiter sollten uns davor nicht fürchten. Wir brauchen keine Angst zu haben, weil wir zusammen mit unseren Kollegen stärker sind als die Ausbeuter. Wenn die Arbeiter streiken, kann kein Betrieb weiterlaufen. Gemeinsam und entschlossen können wir uns die Welt nehmen, denn eine vereinte Arbeiterklasse wird unbesiegbar sein. •



WARUM KNALLT ES AN SILVESTER?



Das Abbrennen von Pyrotechnik ist, wie jeder weiß, ein weitverbreiteter Brauch zu Silvester. Als Kind freut man sich das ganze Jahr darauf, ein paar Stunden es mal krachen lassen zu dürfen. Als Erwachsener schaut man sich es auch einfach gerne nur an. Nur selten kommt es sonst vor im Jahr, dass man sich ein Feuerwerk anschauen kann. Das Feuer als Faszination begleitet den Menschen seit der Jahrtausenden und ist Teil der Kultur. Kein Wunder also, dass jeder Pyrotechnik mag, egal ob zu Silvester, Hochzeiten, Volksfesten, auf Demonstrationen oder im Fußballstadion. Es ist ein Ausdruck der Gefühle. Doch alle Jahre zu Silvester kommt seit einiger Zeit zusätzlich zu „Dinner for One“ immer eine Debatte um ein allgemeines Feuerwerksverbot.

Während in den letzten beiden Jahren die Corona-Pandemie als Grund angeführt wurde, um einen Zusammenbruch der maroden Gesundheitsversorgung zu vermeiden, sind der Grund dieses Mal die in vielen Städten stattgefundenen Ausschreitungen zu Silvester. Unter anderen in Berlin, Hannover, Hagen, Essen und Frankfurt kam es zu Auseinandersetzungen zwischen meistens Jugendlichen und Einsatzkräften von Polizei und Feuerwehr. Die Jugendlichen beschmissen diese mit Flaschen, Feuerwerk und Steinen, zündeten Mülltonnen an und bauten Barrikaden. Schnell ist eine Debatte entbrannt um „nicht integrierbare Ausländer“

und ein allgemeines Böllerverbot. Zum Großteil ist die Herkunft der Beteiligten an den Krawallen gar nicht bekannt oder geklärt, aber in guter Manier wird alles erst Mal auf die „bösen Ausländer“ geschoben. Die „guten Deutschen“ könnten so etwas gar nicht machen. Dass es in Borna und vielen anderen Kleinstädten und Dörfern zu Ausschreitungen kam und dort z.B. zwei Deutsche verhaftet wurden, wird in der Debatte unter den Tisch fallen gelassen.

Die Gewerkschaft der Feuerwehr zeigt sich jetzt entsetzt, Rettungsanitäter und Polizeipresse-sprecher kommen zu Wort, die Talkshows sind voll von geheuchelter Schockiertheit. Dabei ist doch klar, dass, wenn man 364 Tage im Jahr die Jugendlichen in den Arbeitervierteln schikaniert, bei jedem Termin auf dem Amt wie die letzten Trottel behandelt oder die Regierung einen mit den Maßnahmen während Corona vor den Zug wirft, am 365. Tag im Jahr nicht erwarten sollte, auf große Gegenliebe zu stoßen. Die Bullen besetzen ganze Viertel, führen rassistische Polizeikontrollen durch und töten regelmäßig bei ihren Einsätzen Menschen, deren „Verbrechen“ nichts anderes ist, als arm zu sein und Probleme zu haben. Und dann wird sich echauffert, wenn die Jugend einmal im Jahr nicht den Kniefall vor der Obrigkeit macht? Die Polizei erntet den Sturm, den sie und die Regierung selbst gesät haben.

Ein kurzer Blick in unser Nachbarland Österreich illustriert die Sache ganz gut. Dort ist die Debatte in allen großen Zeitungen nach Silvester eine ganz andere, weil Videos davon publiziert worden sind, wie die Bullen im Viertel agieren: Mit Sturmhauben ver mummt und Teleskop-Schlagstock in der Hand werden dort migrantische Jugendliche beleidigt, durch die Gegend geschubst und verhaftet. Dazu, wie immer, willkürliche erkennungsdienstliche Behandlungen und Einschüchterungsversuche gegen Zeugen, die das Vorgehen der Polizei dokumentieren. Genau so tritt die Polizei doch auch Tag ein, Tag aus in Deutschland auf. Immer wieder kommt es zu Übergriffen durch Polizisten, die für die Betroffenen, meistens migrantische Jugendliche, erst im Krankenhaus und später vor Gericht enden oder eben auch tödlich ausgehen können. Der bekannteste Fall aus den letzten Monaten ist der von Mouhamed L. Drame. Der 16-jährige Senegalese wurde aus nächster Nähe mit einer Maschinenpistole de facto hingerichtet.

All die geheuchelte Schockiertheit der Politiker und Talkshowgäste, die wir im Moment sehen, ist eine Farce, die die Realität aberkennt, die selbst von ihnen geschaffen wurde. Und es gibt auch kein Interesse daran, die Situation tatsächlich zu verbessern. Denn was sind die Forderungen, die aktuell im Raum stehen? Böllerfreie Zonen, Verkaufsverbot von Feuerwerk, Dashcams auf Einsatzfahrzeugen, Bodycams für die Feuerwehr, Kameras im öffentlichen Raum, mehr Polizei. Konkret: Verbote, Überwachung, Aufrüstung. Dies ist nichts anderes, als die Militarisierung der Gesellschaft voranzutreiben und die Widersprüche sich noch weiter zuspitzen zu lassen. Dass Feuerwehr und Rettungsdienst als Teil des reaktionären Staates wahrgenommen werden und genau so angegangen werden, ist ebenfalls kein Zufall und die Gewerkschaft der Feuerwehr, als diejenige, die aktuell am lautesten nach mehr Polizei und Aufrüstung schreit, zeigt doch ganz gut, dass sie keine „über den Klassen stehende, allgemein-humanistische Organisation“ ist, sondern Institution des bürgerlichen Staates, die aktuell sehr eindrücklich als Sprachrohr von Forderungen gegen unsere Interessen auftritt. Dazu sei noch gesagt, dass seit vielen Jahrzehnten Feuerwehren ganz gezielt von der Polizei in Demonstrationen und Proteste geschickt werden, um dort „Brände zu bekämpfen“, d.h. Barrikaden zu räumen, wohlwissend, dass diese nicht über die gleiche Ausrüstung, Protektoren, usw. verfügt. Da werden die Feuerwehrleute, ob willentlich oder unwillentlich, als Prügelknaben losgeschickt, um mit der notwendigerweise entstehenden Konfrontation

einen Vorwand für ein hartes Vorgehen der Polizei zu schaffen.

Was sich mit diesem Silvester abgezeichnet hat, ist, dass der Staat immer mehr die Kontrolle über die Bevölkerung verliert und immer breitere Schichten sich von ihm abwenden, da er nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der breiten Masse zu befriedigen. Fundamentale Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft werden für immer weniger erfüllbar. Das bürgerliche Versprechen der Gleichheit, welches nie erfüllt wurde, wird immer offener mit den Füßen getreten. Auf der einen Seite stehen immer mehr Menschen, die von Tag zu Tag mehr zu kämpfen haben, um über die Runden zu kommen und durch verschiedene Stellen des Staates schikaniert werden, auf der anderen Seite steht eine kleine Minderheit, die im Luxus lebt und sich alles erlauben kann, solange der Geldbeutel stimmt.

Um nicht die Kontrolle vollends zu verlieren, muss der Staat seine liberalen Freiheiten immer weiter abbauen. Hat er dabei in Vergangenheit versucht, sich immer noch den Schein zu wahren, wird immer offensichtlicher, dass er in der Krise steckt. Dass es zu Silvester zu Krawallen kommt, ist nichts neues und keine Seltenheit, sogar die Härte der Auseinandersetzung hat nicht zugenommen. Dass jetzt darüber in allen Zeitungen und Talkshows diskutiert wird, dass man den Leuten verbieten will, zwei Gramm Schwarzpulver anzuzünden, um im gleichen Zug die Aufrüstung weiterer Bereiche des Staates voranzutreiben, zeigt, wie weit der Bankrott dieses Staates und seiner herrschenden Klasse fortgeschritten ist.

Wenn die Jugendlichen, ob mit Migrationshintergrund oder nicht, an Silvester zusammenkommen, gemeinsam feiern und ausgelassen sind und sich gegen die Schikanen und Demütigung wehren, denen sie die andern Tage im Jahr ausgesetzt sind, dann ist das absolut gerechtfertigt. Und wann man die Reihen mit den Bullen schließt und die Agenda der Regierung vorwärtsbringt, dann ist es nichts weiter als Heuchelei, sich jetzt schockiert darüber zugeben, dass man entsprechend behandelt wird. •

www.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM FEBRUAR

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfs.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Einige internationale Aktionen nach der Gründung des Internationalen Kommunistischen Bundes

Quelle: ci-ic.org

**ROTE
POST** 